

# „Nein“ zum Klimaantrag

**KREISTAG** Grüne und die ÖDP scheitern auch mit ihrem zweiten Anlauf.

VON JOHANNES HARTL

**SCHWANDORF.** Auch im zweiten Anlauf war dem Antrag kein Erfolg beschieden. Nach der scharfen Kritik, die im letzten Ausschuss für Kreisentwicklung, Umweltschutz und Touristik laut wurde, haben die Grünen und die ÖDP ihren Klimaschutzantrag in leicht abgewandelter Form im Kreistag erneut eingebracht. Vor allem der Begriff „Klimanotstand“, aber auch unkonkrete Vorschläge hatten damals für Kritik der übrigen Kreisträte gesorgt.

Nun haben die beiden Parteien den Begriff „Klimanotstand“ durch den Ti-

tel „Klimazukunft für den Landkreis Schwandorf“ ersetzt. Am übrigen Inhalt haben die antragsstellenden Fraktionen dagegen nichts Wesentliches verändert. Im Mittelpunkt steht noch immer die Forderung, dass der Landkreis bei jeglichen Maßnahmen die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen habe.

Kreistrat Alfred Damm (ÖDP) erinnerte daran, dass unlängst sogar das Europäische Parlament den Klimanotstand ausgerufen habe. Man solle nicht bei dem stehenbleiben, was man hat, sagte er, und fand damit die Unterstützung seines Kollegen Rudi Sommer von den Grünen.

Doch die anderen Kreisträte mochten diesem Ansinnen, das schon der Kreisausschuss abgelehnt hatte, auch in der geänderten Form nicht folgen. Am Klimawandel und an der Notwen-

digkeit, etwas zu unternehmen, zweifelte niemand, lautete der einhellige Tenor. Aber: Auf Kreisebene sei ein derartiger Beschluss „übertrieben“, befand Kreistrat Martin Scharf (FW). Der Kreistrat, die Ausschüsse und die Verwaltung hätten bereits ein hohes Umweltbewusstsein. „Wir tun genügend“, so Scharf. Ein eigener Klimabeschluss sei da nicht nötig.

Derselben Meinung waren Martina Enghardt-Kopf für die CSU-Fraktion und Peter Neumeier für die Jungen Wähler. SPD-Kreistrat Bernhard Krebs sah das zwar „bei weitem nicht so positiv wie die Freien Wähler oder die CSU“, wie er sagte. Doch im Antrag fehlten ihm konkrete Maßnahmen.

Insgesamt neun Kreisträte votierten am Ende für den Antrag, die restlichen 38 dagegen. Damit wurde das Ansinnen mehrheitlich abgewiesen.